

## **Prof. Dr. Uwe Holtz**

Mitglied des Forums **Eine Welt** beim SPD-Parteivorstand

Universität Bonn  
Seminar für Politische Wissenschaft  
Am Hofgarten 15  
53113 Bonn

### **Entwicklungspolitik im Zeitalter der Globalisierung**

(Impulsreferat auf dem internationalen Symposium „Strategien der zivilen Gesellschaft in Lateinamerika und Europa“, 15.-18.5.98 in Burg Schlaining und Wien; überarb. Fassung)

#### **Die Zivilgesellschaft**

Die Zivilgesellschaft besteht aus einer breiten Vielfalt von Vereinigungen.<sup>1</sup> Die zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Nichtregierungsorganisationen sind angesiedelt zwischen „big government“, „big politics“ und „big business“ auf der einen Seite und sowie Einzelpersonen und Familien auf der anderen, was jedoch nicht heißen soll, daß die zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Nichtregierungsorganisationen mit den drei „big's“ nicht reden sollten oder Einzelpersonen wichtige Akteure in der Zivilgesellschaft sein können.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sollten selbst demokratisch strukturiert sein, nicht profitorientiert handeln und sich in ihrer Arbeit in den Dienst einer humanen, nachhaltigen Entwicklung stellen. Oft sind sie auch ein Gegenbild zu autoritären, totalitären und militarisierten Gesellschaften. (Unter den zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Nichtregierungsorganisationen gibt es allerdings auch seltsame Vögel; einige sind von Regierungen selbst ins Leben gerufen, korrupt sowie neo-liberal und auf Gewinnmaximierung ausgerichtet.)

Die zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Nichtregierungsorganisationen ersetzen nicht demokratisch legitimierte Volksvertretungen von der lokalen bis zur supranationalen Ebene, machen diesen oft aber Beine in konstruktiver Weise - als Korrektiv und Impulsgeber. Auch wenn es manchmal zu Verschränkungen zwischen der zivilen und der politischen Welt kommt, so stellen sie doch ein Eigengewicht in demokratischen Gesellschaften dar.

---

<sup>1</sup> Vgl. OECD, DAC-Report 1995, Paris 1996, S. 29: "Civil society consists of a multiplicity of associations with an accountable, democratic internal life." S. auch Roberto Savio anlässlich eines Seminars der Europäischen Kommission zum Thema "Strukturanpassung in Afrika und Zivilgesellschaft", Windhoek/Namibia, 13./14.10.96: "The civil society is made by organizations, associations, bodies and individuals, which share concerns about the public and societal arena. They are non profit motivated, and their action is to solve problems through participation, self-reliance, empowerment to people, with the main objectives of sustainable development and democratization." ("Die Zivilgesellschaft setzt sich aus Organisationen, Vereinigungen, Körperschaften und Individuen zusammen, die gemeinsame Sorgen um öffentliche und gesellschaftliche Belange teilen. Sie sind nicht auf Gewinn ausgerichtet. Ihre Hauptziele sind auf nachhaltige Entwicklung und Demokratisierung gerichtet. Ihre Aktivitäten dienen der Lösung von Problemen durch Partizipation, Self-reliance und Empowerment der Menschen.")  
"Die Zivilgesellschaft will selbst nicht Politik machen, sondern Politik möglich machen." So Eine-Welt-Beirat beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Richtungsimpulse – Januar 1998 -, Düsseldorf 1998, S. 8.

Aus eigener Erfahrung als Vorsitzender des entwicklungspolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages von 1974 bis 1994 kann ich berichten, daß zivilgesellschaftliche Vereinigungen - vor allem Nichtregierungsorganisationen aus dem entwicklungspolitischen, ökologischen und menschenrechtlichen Bereich im Süden und Norden - in der Regel eine wertvolle Arbeit leisten; auch deshalb hat die SPD ihr beim Parteivorstand angesiedeltes Forum Eine Welt für Nicht-Parteimitglieder geöffnet.

## Verschiedene Facetten der Globalisierung

Eine sinnvolle Diskussion über Globalisierung muß mit der Erkenntnis beginnen, daß Globalisierung - ein historisches, sich jetzt akzelerierendes Phänomen - verschiedene Dimensionen, Facetten hat.<sup>2</sup>

Eine Facette ist die sich globalisierende Zivilgesellschaft,<sup>3</sup> eine andere das erwachende globale Bewußtsein unserer gegenseitigen Abhängigkeit hinsichtlich der Überlebenssysteme auf einem kleinen Planeten - offensichtlich positive Seiten der Globalisierung. Eine dritte ist die Globalisierung der Kommunikation; eine vierte die Globalisierung der Konsum-Kultur und eine fünfte die zunehmende ökonomische Globalisierung, der sich globalisierende Kapitalismus: die Globalisierung der Produktion, das Niederreißen wirtschaftlicher Grenzen, um den freien Fluß von Waren, Kapital und Dienstleistungen zu erlauben.<sup>4</sup>

Die Kontroversen um die Globalisierung haben vor allem diese fünfte Facette zum Gegenstand. Der Prozeß der ökonomischen Globalisierung ist äußerst komplex und unübersichtlich. Die Veröffentlichungen zum Thema Globalisierung sind kaum noch zu übersehen. Und doch ist dieser Prozeß intellektuell noch nicht ausreichend analysiert und über eine alternative Globalisierung<sup>5</sup> bzw. über Alternativen zur Globalisierung noch nicht ausreichend nachgedacht. Auch deshalb ist das Symposium in Burg Schlaining und Wien zu begrüßen.

Vor der bevorstehenden Bundestagswahl im Herbst 1998 fand sich eine Gruppe von entwicklungspolitischen Fachleuten, von Vor- und Querdenkern aus Kirchen, Stiftungen, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zusammen, um das "Memorandum 98"<sup>6</sup> für die überfällige Reform der Entwicklungspolitik und für Entwicklungspolitik als internationale Strukturpolitik auf den Tisch zu legen. Dieses Memorandum, u. a. auch von mir unterzeichnet, urteilt über die wirtschaftliche Globalisierung wie folgt: "Die Globalisierung und Deregulierung der Weltwirtschaft und das dahinterste-

<sup>2</sup> Vgl. David C. Korten, Which Globalization?, in: Bridges (Newsletter of the Society for International Development), 1/Nov. 1996, o.S.

<sup>3</sup> Vgl. Michael Walzer (Hg.), Toward a Global Civil Society, Providence - Oxford 1995. Für Walzer steht fest, daß die Zivilgesellschaft über den Rahmen des Staates hinaus agiert und daß heute bereits eine internationale Zivilgesellschaft existiert (S. 3). Im übrigen vertritt er die Auffassung, daß die Demokratie eine starke und lebendige Zivilgesellschaft braucht (S. 1).

<sup>4</sup> Weitere Facetten könnte noch hinzugefügt werden, wie z. B. die Globalisierung der Kriminalität.

<sup>5</sup> So forderte auf dem Symposium Leo Gabriel (Österreich), der Globalisierung von oben eine andere Dynamik, nämlich eine Globalisierung von unten entgegenzusetzen. Und Berta Luján (Mexiko) plädierte für eine demokratische, sozial einschließende und nachhaltige Globalisierung (una globalización democrática, incluyente y sostenible).

<sup>6</sup> "Memorandum '98. Für eine Politik der Nachhaltigkeit - Entwicklungspolitik als internationale Strukturpolitik. Forderungen an Bundestag und Bundesregierung". Vgl. auch E+Z 39 (3/1998), S. 86.

hende neoliberale Wirtschaftskonzept haben entscheidend dazu beigetragen, daß der Abstand zwischen Armut und Reichtum größer wird, daß die Arbeitslosigkeit in dramatischem Ausmaß zunimmt, daß die Problematik der Umweltzerstörung in der Standortdebatte untergeht und daß die Politik zunehmend ihr Primat gegenüber der Wirtschaft verloren hat. Zu den Auswirkungen gehört auch der Ausbruch einer schwerwiegenden Wirtschaftskrise in Ost- und Südostasien, die in eine weltweite Depression einmünden könnte. (...) Das neue Welthandelsabkommen mit der Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO) sowie die Verhandlungen innerhalb der OECD zum Multilateralen Investitions-Abkommen (MAI) führen zu einer neuen Steigerung von Liberalisierung und Deregulierung im internationalen Handel und bei den Investitionen."

### **Gestaltung der Globalisierung im Interesse der Menschen**

Die SPD will die Globalisierung im Interesse der Menschen gestalten. Sie will nicht, daß unter dem Deckmantel der Globalisierung der Sozialstaat demontiert, der Umweltschutz kleingeschrieben und die Solidarität zwischen den Völkern zur Leerformel degradiert wird. Die Vorstellungen der SPD finden sich in dem vom Forum Eine Welt im Februar 1997 verabschiedeten Politikpapier "Globalisierung und Eine-Welt-Politik"<sup>7</sup>, im Beschluß des SPD-Parteitags Hannover im Dezember 1997<sup>8</sup>, in einem Antrag der SPD-Bundestagsfraktion mit dem Titel „Reformvorschläge zur Struktur der Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik“<sup>9</sup> und dem in Leipzig unter maßgeblicher Mitwirkung des SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder im April 1998 verabschiedeten Wahlprogramm<sup>10</sup>. Das meiste davon wird sich am ehesten in einer rot-grünen Koalition durchsetzen lassen.

Der Prozeß der Globalisierung muß - soweit er unvermeidlich ist - im Interesse der Menschen gestaltet werden. Industrieländer und internationalen Organisationen müssen Entwicklungsländer dabei unterstützen, damit diese ihre Entwicklungschancen besser nutzen können und im Prozeß der Globalisierung nicht ausgegrenzt und ausgenutzt werden. Wichtige Wegweiser bieten die UN-Konferenzen der neunziger Jahre mit ihren Aktionsprogrammen und besonders die in Rio 1992 auf der UN-Umwelt- und Entwicklungskonferenz verabschiedete AGENDA 21 mit ihrem Leitbild einer nachhaltigen, menschenwürdigen und zukunftsfähigen Entwicklung.

Dieses Leitbild setzt sich im übrigen aus vier Komponenten zusammen: Arbeitsplätze und Einkommen schaffendes Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit, Umweltverträglichkeit sowie Demokratie, Partizipation und Menschenrechte. Diese Agenda bietet Wegweiser für globales und nationales, aber auch regionales und lokales Handeln. (Der vom Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen eingesetzte Eine-Welt-Beirat, dem ich annehöre, fordert z. B. die Erstellung einer NRW-AGENDA 21.)

<sup>7</sup> Das Politikpapier ist abgedruckt in E. Deutscher/U. Holtz/R. Röscheisen (Hg.), Zukunftsfähige Entwicklungspolitik - Standpunkte und Strategien, Bad Honnef 1998, S. 41-50.

<sup>8</sup> in: E. Deutscher/U. Holtz/R. Röscheisen (Hg.), Zukunftsfähige Entwicklungspolitik - Standpunkte und Strategien, Bad Honnef 1998, S. 27-40.

<sup>9</sup> Am 26. März 1998 hat die SPD-Bundestagsfraktion diesen Antrag verabschiedet und dann in den Bundestag eingebracht.

<sup>10</sup> Es kann im Internet heruntergeladen werden: [www.spd.de](http://www.spd.de)

## Neue Aufgaben für die Entwicklungspolitik

Unter den Bedingungen der Globalisierung kommt der Entwicklungspolitik<sup>11</sup> eine wichtige, aber nicht zu überschätzende Rolle zu. Zum einen: die aus Steuermitteln finanzierte Entwicklungspolitik kennt neben Erfolgen auch Halberfolge und Mißerfolge, was ich unter sozialdemokratischen und christdemokratischen Kanzlern erlebt habe. Zum anderen: schon vom Volumen her ist sie nicht sehr bedeutend. 1996 brachten die westlichen Industrieländer gerade einmal 55 Mrd. US-\$ für die öffentliche Entwicklungshilfe/ODA auf (Deutschland 7,5 Mrd. \$ und Österreich 640 Mio. \$) - allein die Tranferleistungen nach Ostdeutschland machen jährlich rd. 100 Mrd. \$ aus. Die Gesamtsumme von 55 Mrd. \$ an Entwicklungshilfe entspricht einem BSP-Anteil von 0,25 Prozent; sie ist damit in den letzten Jahren auf ein Rekordtief gefallen (von der 0,7%-Zielmarke ist man so weit wie nie zuvor entfernt).

Die Herausforderung besteht darin, Globalisierung mit nachhaltiger Entwicklung zu versöhnen. Auch deshalb muß die Entwicklungspolitik reformiert und neu orientiert werden. Die Hauptaufgaben der Entwicklungspolitik bestehen darin, Beiträge zu leisten zur Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern, zur Überwindung von Armut und Hunger, zur Intensivierung des Umweltschutzes, zur Krisenvorbeugung und zu einer demokratischen, alle Menschenrechte verwirklichenden Entwicklung.

In diesem Kontext kommt der Wiener Erklärung zur Welt-Menschenrechtskonferenz von 1993 eine große Bedeutung zu: "Alle Menschenrechte sind allgemeingültig, unteilbar, bedingen einander und bilden einen Sinnzusammenhang. ... Demokratie, Entwicklung und Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten bedingen und stärken einander."<sup>12</sup> Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das vom Europarat in Straßburg propagierte Konzept der demokratischen Sicherheit und an die "Universelle Erklärung der Demokratie", mit der die Interparlamentarische Union im September 1997 in Kairo ein wichtiges Dokument demokratischer Politikgestaltung im Zeitalter des Globalismus verabschiedet hat.<sup>13</sup>

Die deutsche und europäische Entwicklungspolitik sollte sich im Sinne einer Minimierung der negativen und Maximierung der positiven Effekte der Globalisierung engagieren:

---

<sup>11</sup> Die klassische Entwicklungspolitik, die Entwicklungspolitik im engeren Sinn, meint die von allen Industrieländern auf der Ebene politischer Handlungen zugunsten der Entwicklungsländer betriebene öffentliche Entwicklungshilfe. Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ein Begriff, der auf Partnerschaft abzielt) enthält nach Definition des Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Leistungen, die (1) unentgeltlich oder zinsgünstig mit einem Zuschuß oder Schenkungselement von mindestens 25% an Partnerländer, regionale oder multilaterale Organisationen vergeben werden, (2) die von öffentlichen bzw. staatlichen Stellen gewährt werden und die (3) in erster Linie der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Hebung des Lebensstandards dienen, also Hilfsprojekte und -programme sowie Strukturangepassungshilfen. Unter der Entwicklungspolitik im weiteren Sinn werden alle von Industrieländern ins Werk gesetzten politischen Handlungen verstanden, die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben, also auch z.B. die Außenwirtschafts- und Finanzpolitik oder Agrarpolitik.

<sup>12</sup> UN-Weltkonferenz über Menschenrechte, Wien 1993, Wiener Erklärung, I.5 und I.7.

<sup>13</sup> Vgl. U. Holtz, Die IPU und das "Wunder von Kairo" in Sachen Demokratie - Akzeptanz einer toleranten Staatsform, in: Das Parlament, Nr. 46, 7.11.97.

1. Die Entwicklungspolitik muß stärker als bisher zivilgesellschaftliche Vereinigungen und Nichtregierungsorganisationen unterstützen und zu einer selbstbestimmten Entwicklung – auch indigener Völker<sup>14</sup> – beitragen.<sup>15</sup>
2. Auch die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft<sup>16</sup> muß sich an den Kriterien einer menschenwürdigen, nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung orientieren. Zu denken ist beispielsweise an die Förderung umweltfreundlicher Technologien, von Wind- und Solarenergien (inkl. Photovoltaik, FCKW-Substitution, Wasserkleinkraftwerke) und anderen regenerativen Energien sowie an Programme zur gezielten Förderung und Beratung des privatwirtschaftlichen Sektors der Entwicklungsländer.<sup>17</sup>
3. Es gilt, negative Folgen der Globalisierung des Konsums vermeiden zu helfen und gegebenenfalls einheimische Konsum- und Produktionsweisen, die nachhaltig sind, zu fördern.
4. Der ökonomischen Globalisierung ist eine Globalisierung der Politik, genauer eine Globalisierung der Demokratie und der Stärkung internationaler gewerkschaftlichen Solidarität, an die Seite zu stellen.<sup>18</sup> Die Entwicklungspolitik muß generell zur Stärkung des demokratischen, sozialen Rechtsstaats beitragen und die Entwicklungsländer bei ihren Bemühungen, die Leistungsfähigkeit des Staates durch Kräftigung der öffentlichen Institutionen zu erhöhen<sup>19</sup>, unterstützen.

<sup>14</sup> Die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 wird bislang von der Bundesregierung als nicht sinnvoll angesehen. Ein dementsprechender Antrag der SPD zu Beginn der neunziger Jahre wurde abgelehnt, aber immerhin stimmte der Deutsche Bundestag den darin enthaltenen entwicklungspolitischen Forderungen zu. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verabschiedete daraufhin ein Sektorpapier, d. h. eine Arbeitsrichtlinie, zum Schutz und zur Förderung der indigenen Völker.

<sup>15</sup> Nachhaltige Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft setzt die Beteiligung der Bevölkerung auf allen Ebenen voraus. Dies gilt im Norden wie im Süden. Von daher sind Nichtregierungsorganisationen im Norden wie im Süden systematisch zu unterstützen. Die notwendigen Veränderungsprozesse werden nur dauerhaft sein, wenn sie von den betroffenen Menschen gewollt, mitgestaltet und verantwortet werden. Die Stärkung des lokalen Agendaprozesses (Lokale Agenda 21) durch aktive Unterstützung der Bundesländer ermöglicht wünschenswerte Synergieeffekte im Nach-Rio-Prozeß. (Die NRW-Landesregierung stellt pro Einwohner 50 Pfennig für Eine-Welt-Aktivitäten zur Verfügung und fördert darüber hinaus 30 sog. Eine-Welt-Promotoren.) "Globales Lernen" auf allen Bildungsebenen ist gezielt zu verankern. Die Information und aktive Beteiligung der Bevölkerung auf allen Ebenen im Norden wie im Süden/Osten ist eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen dieses partizipativen Umsteuerungsprozesses der Industriegesellschaft und eine Voraussetzung dafür, daß die Politik das 0,7 % -Ziel nicht aus den Augen verliert. Vgl. auch Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Reformvorschläge zur Struktur der Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik“ (s.o.).

<sup>16</sup> Sie macht jetzt immerhin ein Fünftel der gesamten bilateralen Hilfszusagen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aus.

<sup>17</sup> Vgl. Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Reformvorschläge zur Struktur der Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik“ (s.o.).

<sup>18</sup> Am 5. März 1982 hatte der Bundestag einmütig gefordert, die Entwicklungspolitik müsse primär zur Verwirklichung der Menschenrechte einschl. der gewerkschaftlichen Freiheiten beitragen. Die Globalisierung schwächt im übrigen die Macht der Gewerkschaften. In jedem zweiten Land der Welt ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad nach Angaben der ILO unter 20 % gefallen (in Deutschland liegt er noch bei relativ hohen 30 %). Nur noch 12 % aller Arbeitnehmer sind noch Gewerkschaftsmitglieder. Vgl. Rainer Hank, Gewerkschaften in der Globalisierung, in: FAZ, 30.4.98.

<sup>19</sup> Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung/Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1997 - Der Staat in einer sich ändernden Welt, Washington 1997, S. 3. Vgl. auch Fernando Henrique Cardoso, Die sozialen Folgen der Globalisierung - Marginalisierung oder Besserstellung?, in: KAS/Auslandsinformationen 1/1998, S. 4-16, 8: Erforderlich ist ein Staat, "der weniger oft, aber dafür gezielter eingreift."

5. Die Entwicklungspolitik kann eine globale Sozial- und Umweltpolitik unterstützen - wenn auch in bescheidenem Rahmen (so durch die Förderung der Internationalen Arbeitsorganisation bei der Durchsetzung sozialer Mindestnormen, die Verwirklichung der Forderung, 20 % der Mittel für soziale Grunddienste einzusetzen, oder durch die globale Umweltfazilität).
6. Der exportorientierten Modernisierungsstrategie von oben sollte eine "Entwicklung von unten" und einer binnenmarktorientierten Entwicklung entgegen- oder zumindest im Sinne einer Doppelstrategie an die Seite gestellt werden. Entwicklungspolitik sollte die Süd-Süd-Kooperation und die regionale Integration in geeigneter Weise fördern. Dazu kann die Entwicklungspolitik relevante Beiträge leisten. Die Devise würde lauten: Binnenmarkt soweit wie möglich - Weltmarktintegration soweit wie nötig.
7. Die Entwicklungspolitik könnte die Globalisierung mit interkultureller Verständigung verbinden helfen und den Dialog zwischen den Kulturen ohne jegliche Hegemonieansprüche im Sinne der Bildung von Lerngemeinschaften fördern.

Insgesamt gilt es, die Entwicklungspolitik zu stärken, effizienter und partnerschaftlicher zu gestalten sowie qualitativ und quantitativ verbessern. Die SPD will die politische Bedeutung dieses Bereichs erhöhen und für mehr Kohärenz (z. B. mit der Agrar- und Rüstungsexportpolitik) sorgen, indem die Entwicklungspolitik nicht länger von anderen Politikbereichen isoliert betrieben wird, sondern als Querschnittsaufgabe alle relevanten Bereiche der Politik mit einbezieht. Entwicklungspolitik muß dabei die Federführung bei den politischen Konzeptionen der EZ in der Bundesregierung und bei den entwicklungspolitisch relevanten UN-Konferenzen haben. Das bestehende Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung soll zu einem Bundesministerium für internationale nachhaltige Entwicklung ausgebaut werden. Über zusätzliche Maßnahmen, die Mittel für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zu erhöhen, wird innerhalb der SPD stark gestritten, so über die Tobin-Steuer; aber immerhin hat die Friedrich-Ebert-Stiftung den Nobelpreisträger Tobin Ende Mai d. J. zu einem Gespräch nach Bonn eingeladen.

### **Über die enge Entwicklungspolitik hinausweisende Vorschläge**

Der sich brutalisierende Wettbewerb in der Weltwirtschaft, der zu einer Art Raubtierkapitalismus führt, muß durch nichtaggressive Kooperationsformen ersetzt werden.<sup>20</sup> Ordnungspolitische Rahmen für eine neue Weltwirtschaftsordnung sollte die internationale soziale und ökologische Marktwirtschaft sein. Europa sollte sich in den internationalen Einrichtungen, wie UNO, OECD, WTO, ILO und G8, für eine gerechte und international verbindliche Wettbewerbsordnung einsetzen. Nötig sind - wie es im SPD-Wahlprogramm heißt - soziale und ökologische Mindeststandards, um der Ausbeutung von Mensch und Natur zu begegnen, Maßnahmen, damit ausbeuterische Kinderarbeit weltweit geächtet wird und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überall das Recht bekommen, ihre Interessen durch freie Gewerkschaften zu vertreten.

---

<sup>20</sup> S. auch Holtz, U./Karsten, D.: Die Dritte Welt braucht Wachstum. Für eine Weltwirtschaft nichtaggressiver Koexistenz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. September 1995, S. 13f.

Als weitere Antworten auf die Globalisierungsprozesse möchte ich nennen:

- Eine Internationalisierung der Rechtsordnung bzw. die Stärkung globaler Rechtsstaatlichkeit.
- Die Verstärkung der Mitsprache von Parlamenten (und zivilgesellschaftlichen Organisationen) auf internationaler Ebene.<sup>21</sup> So ist es der Parlamentarischen Versammlung des Europarats - unter meiner Mitwirkung - gelungen, parlamentarisches Beleitorgan der OECD, der Osteuropabank in London und der UN-Wirtschaftskommission für Europa zu werden. Könnte dies nicht beispielgebend für andere Parlamente, wie dem Lateinamerikanischen Parlament, sein?

Im SPD-Wahlprogramm heißt es: „Die Europapolitik und die Außenpolitik der SPD-geführten Bundesregierung stehen in der Tradition von Willy Brandt und Helmut Schmidt. Im Geist der erfolgreichen Friedens- und Entspannungspolitik dieser beiden großen sozialdemokratischen Bundeskanzler wollen wir, daß Deutschland ein Motor der europäischen und der internationalen Zusammenarbeit wird. Nur durch immer engere europäische und internationale Zusammenarbeit kann das 21. Jahrhundert eine Zeit des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und des ökologischen Fortschritts werden.“ Daran anknüpfend fordere ich eine neue Entspannungspolitik, und zwar eine internationale wirtschaftliche, soziale und ökologische Detente.

---

<sup>21</sup> Diese Antworten auf die Globalisierungsprozesse im wirtschaftlichen Bereich wurden auf einem internationalen Symposium im Oktober 1996 in Berlin unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten vorgeschlagen. Vgl. Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (Hg.): Eine Welt - Eine Zukunft. Neue Herausforderungen für Deutschland als Partner der Entwicklungsländer (Entwicklungspolitisches Symposium, 20.-22. Oktober 1996, Schloß Bellevue, Berlin), Bonn 1996.

## **Elemente für eine andere Globalisierung sowie eine internationale soziale und ökologische Marktwirtschaft**

Als ordnungspolitischer Rahmen für das neue Entwicklungsparadigma einer menschenwürdigen, nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung bieten sich rechen-schaftspflichtige, demokratische Systeme und marktorientierte Wirtschaftsordnungen an, die sich zu sozialer und ökologischer Verantwortung bekennen und daher einen handlungsfähigen Staat brauchen. Heute besteht die Gefahr, daß Globalisierung Entwicklung ersetzt und zum *modus operandi* der internationalen Beziehungen avanciert.<sup>22</sup> Globalisierung, die die internationalen Beziehungen unter das Diktum wirtschaftlicher Effizienz stellt und den Menschen primär als Kostenfaktor sieht, darf "sustainable human development" nicht als Leitidee ablösen.

Bei der Mitgestaltung der internationalen politischen Rahmenbedingungen sollte Deutschland sein Gewicht als weltwirtschaftlich bedeutendes Land einbringen und den europäischen Integrationsprozeß als Modell für eine globale soziale und ökologische Marktwirtschaft ausbauen.

Bedeutende Elemente dafür und damit für eine andere Globalisierung finden sich in den Beschlüssen der UN-Konferenzen der neunziger Jahre, insbesondere des Weltsozialgipfels von Kopenhagen 1995.

Stärkung der internationalen Gewerkschaftsbewegung; ähnlich den europäischen Betriebsräten multinationale Betriebsräte.

Verstärkung der parlamentarischen Dimension im internationalen Bereich.

Verstärkte Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Organisationen an nationalen, regionalen und internationalen Entwicklungsprogrammen.

Ein Monitoring der Bretton-Woods-Institutionen, einer Art ökonomischer Weltregierung. So schlägt die SPD vor, die Bundesrepublik Deutschland solle, dem Beispiel der Schweiz folgend, auch außerhalb von Regierung und Parlament, einen „Bretton Woods-Ausschuß“ bilden, der sich mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank und der Haltung der Bundesrepublik Deutschland in diesen beiden Organisationen befaßt. Die EU besitzt mehr „voting power“ im Internationalen Währungsfonds und in der Weltbank; dennoch sind beide US-dominiert.

Die internationalen Parteienzusammenschlüsse, wie die Sozialistische Internationale, müssen über „Plauderclubs“ hinaus aktiver und vereint global - oder zumindest makro-regional - handeln.

Bemerkenswert klar sind die Ausführungen von Oskar Lafontaine, dem SPD-Parteivorsitzenden, und seiner Frau Christa Müller zum Thema.<sup>23</sup>

<sup>22</sup> Vgl. Amalric, F./Harcourt, W.: Coming to Terms with Globalization, in: Development 40 (2/1997), S. 3.

<sup>23</sup> Vgl. Oskar Lafontaine und Christa Müller: Keine Angst vor der Globalisierung - Wohlstand und Arbeit für alle, J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1998, S. 62ff.

1. Alle Staaten sollten die wichtigsten Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation<sup>24</sup> und den Pakt wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte unterzeichnen.
2. Positive Sanktionen bzw. Positivmaßnahmen dürften besonders hilfreich sein. Im Rahmen des Zollpräferenzsystems der EU, das einigen Staaten günstigere Einfuhrbedingungen in die EU gewährt, könnten ärmere Länder, die Mindeststandards einhalten, zusätzlich bevorzugt werden. Besonders arme Länder, denen die Mittel fehlen, die Standards einzuhalten, sollten von der Internationalen Arbeitsorganisation, mit Geld unterstützt werden.
3. Die bestehenden Instrumente der Internationalen Arbeitsorganisation sind zu erweitern durch die Individualbeschwerde (jeder betroffene Arbeitnehmer darf sich beschweren) und die Klagemöglichkeit der Internationalen Arbeitsorganisation selbst.
4. Bei Konflikten zwischen Freihandel - vertreten von der Welthandelsorganisation - und der Einhaltung sozialer Mindeststandards - vertreten von der Internationalen Arbeitsorganisation - könnte in beiderseitigem Einvernehmen eine Schlichtungskommission eingesetzt werden, die den Streit beilegt. Wenn Zölle erhoben werden, sollten die entsprechenden Einnahmen in die armen Länder retransferiert und dort für soziale Zwecke ausgegeben werden.
5. Multinationale Unternehmen müssen sich verpflichten, die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation einzuhalten und darauf zu achten, daß auch ihre Abnehmer und Lieferanten sich daran halten.
6. Weltbank und Internationalem Währungsfond sollte man eine Berichtspflicht gegenüber den UN-Menschenrechtsgeräten auferlegen.
7. Dies müßte auch für die Subventionspolitik der großen Handelsnationen gelten, insbesondere im Agrarbereich.

Der SPD-Kanzlerkandidat Schröder äußerte auf einem Treffen der Sozialistischen Internationale in Berlin, im Zeitalter der Globalisierung müsse die "Waffengleichheit zwischen Ökonomie und Politik wiederhergestellt" werden; nach der Einführung der Europäischen Währungsunion müsse sich die EU über "neue politische Notwendigkeiten" verständigen, "wenn die Währungsunion nicht an ihrer inneren Logik zerbrechen soll". Soziale Mindeststandards seien notwendig, um einen Wettstreit der EU-Länder im Sozialabbau zu verhindern, zugleich müßten die, Tarifpartner die Lohnpolitik "als europäische Aufgabe begreifen", die Steuerpolitik müsse harmonisiert, die Finanzpolitik abgestimmt werden.<sup>25</sup>

---

<sup>24</sup> Die ILO-Konventionen wurden z. T. von jeweils mehr als 100 Ländern ratifiziert. Sie beinhalten z. B. gleiche Bezahlung für weibliche und männliche Arbeitskräfte, das Recht auf Vereinigungsfreiheit, auf Kollektivverhandlungen und den Schutz der Arbeitnehmer im Betrieb, das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit sowie Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

<sup>25</sup> Vgl. FAZ „Europas Sozialdemokraten sind sich nur im Grundsatz einig“, 19.6.98.